

iMVZ leisten kaum einen Beitrag zur flächendeckenden Versorgung

Verband Freier Berufe im Gespräch mit den Grünen

Der Austausch mit der Politik ist dem Verband Freier Berufe Bayern e.V. wichtig. Ende Juni trafen sich Mitglieder des VFB-Präsidiums deshalb mit Abgeordneten der Grünen im Bayerischen Landtag. Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Johannes Becher sowie die Abgeordneten Barbara Fuchs, Andreas Hanna-Krahl und Christian Zwanziger nahmen sich viel Zeit für die Anliegen des VFB.



Das VFB-Präsidium diskutierte mit Abgeordneten von Bündnis 90/ Die Grünen im Bayerischen Landtag über die Zukunft der Freien Berufe in Bayern.

Dessen Präsident Dr. Thomas Kuhn begrüßte das klare Bekenntnis zu den Freien Berufen. Insbesondere betonte er die Stärkung der Selbstverwaltung, die Stärkung der ambulanten Versorgung und die Vorschläge für die stärkere Regulierung von investorenfinanzierten Medizinischen Versorgungszentren (iMVZ).

Wie sehr iMVZ die Versorgungslandschaft bereits verändert haben, schilderte VFB-Vizepräsidentin Dr. Andrea Albert. „Da sich iMVZ nahezu ausschließlich in Großstädten niederlassen, leisten sie keinen Beitrag zur flächendeckenden Versorgung. Vielmehr fehlen die dort tätigen angestellten Zahnärzte als Gründer oder Übernehmer von Praxen im ländlichen Raum. Wir brauchen dringend ein Gesetz, das die Marktanteile solcher MVZ wirksam begrenzt“, so Albert.

Vertieft erörtert wurde auch das Thema Energie und Bauen. VFB-Vizepräsident Alexander Lyssoudis mahnte eine starke Vereinfachung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) an. Solange die Komplexität des GEG bestehe und Planungssicherheit fehle, werden Investitionen auch weiterhin stagnieren. VFB-Vizepräsident Karlheinz Beer sprach die Probleme von Architektur- und Ingenieurbüros an, die durch den Trend zur Auftragsvergabe an Generalüber- oder -unternehmer vom Markt gedrängt würden. Er appellierte daran, die Strukturen der Freien Berufe zu erhalten. Dem stimmte auch VFB-Vizepräsident Christian Schnurer zu, der den Stellenwert von Kunst und Kultur unterstrich.

VFB-Vizepräsidentin Eva Maria Reichart betonte, dass im Koalitionsvertrag von

CDU/CSU und SPD gute Ansätze erkennbar seien, wie beispielsweise der Bürokratieabbau. Aber nun müssten den Worten auch Taten folgen. VFB-Vizepräsident und Psychotherapeut Dr. Bruno Waldvogel hoffte auf eine Verbesserung der Versorgungssituation von Kindern und Jugendlichen. Dr. Albert ergänzte, dass auch das Personal im Gesundheitswesen hohen psychischen Belastungen ausgesetzt sei.

Katharina Schulze bekräftigte schließlich die Unterstützung ihrer Partei für den Mittelstand und die Freien Berufe in Bayern. Sie kündigte an, eine Anhörung im Landtag zu diesem Thema zu initiieren.

Redaktion